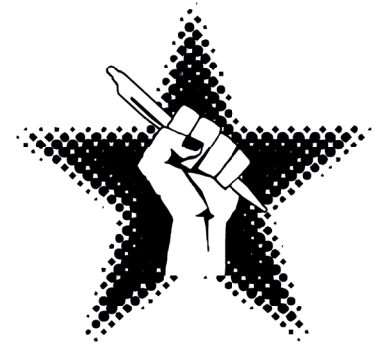


AUS GRÜNDEN



24. Mai 2018 | Newsletter Nr. 2

POLITISCHE BILDUNG? MANGELWARE AN DEUTSCHEN SCHULEN

In einer neuen Studie wurden die Anteile von politischer Bildung am Unterricht deutscher Schulen untersucht. Zwar ist Bildung in Ländersache und deshalb variiert die Intensität, mit der Politik unterrichtet wird, sehr stark von Bundesland zu Bundesland, doch insgesamt ist die Intensität in allen Ländern sehr gering.

Der Professor Reinhold Hedtke unterteilt die Bundesländer anhand der Wichtigkeit von Politikunterricht in drei Kulturen: In die Misachtungskultur der politischen Bildung, worunter zum Beispiel Bayern und das Saarland fallen, in die Kultur der Mittelmäßigkeit und in die Anerkennungskultur. Dieser Kategorie gehören Bundesländer wie Hessen oder NRW an, die dem Politikunterricht viele Stunden im Stundenplan einräumen.

Im Vergleich des Politikunterrichts an Gymnasien in den Bundesländern schneidet Bayern am schlechtesten ab: Anhand der Stundentafeln an bayrischen Gymnasien lässt sich feststellen, dass das Fach Politik nur ein Jahr lang in der Sekundarstufe 1 eine Stunde pro Woche unterrichtet wird. Das ist erschreckend wenig, wenn man bedenkt, dass in Bremen, Hessen, NRW und Schleswig-Holstein bereits ab der 5. Klasse regelmäßig der Politikunterricht stattfindet. Am meisten Zeit wird in Hessen und NRW für den Politikunterricht an allen Schulformen eingeplant.

Trotzdem besteht der Politik und Wirtschaftsunterricht in NRW beispielsweise nur aus circa 17-20min politischer Bildung. Der größere Teil der Stunde widmet sich dem Fachbereich der Wirtschaft, wie Reinhold Hedtke

in seiner Vergleichsstudie errechnete. Außerdem hat ein*e Schüler*in nur durchschnittlich 20 Sekunden im Politikunterricht Zeit, über den eigenen politischen Standpunkt zu diskutieren. Das zeigt, dass die Stundentafeln zwar das bildungspolitische Interesse eines Bundeslands zeigen, wie die tatsächliche Gestaltung des Politikunterrichts aussieht, ist jedoch unterschiedlich.

Die größere Bedeutung der Wirtschaft im Politikunterricht könnte eine Errungenschaft darstellen, wenn Wirtschaft tatsächlich politisch betrachtet würde. Leider werden Ökonom*innen an der Hochschule keineswegs politisch gebildet. Somit haben sowohl das akademische Wissen über den Kapitalismus als auch die späteren Lehrkräfte große Schwierigkeiten den eigentlichen Ansprüchen des Politikunterrichts gerecht zu werden. Insofern müsste in weiteren Studien geklärt werden, inwiefern der wirtschaftliche Teil des Unterrichts einer politikwissenschaftlichen Betrachtung unterzogen wird. Insgesamt ist es problematisch, dass Politik oft fachfremd unterrichtet wird. Zudem wird das aktuelle politische Geschehen nur selten behandelt.

Politische Bildung ist wichtig. Sie ist die Notwendigkeit um gegen Politikverdrossenheit vorzugehen und sich für die politische Mündigkeit und das politische Verständnis von Menschen einzusetzen. Die Schule sollte das Interesse an Politik von Schüler*innen fördern, ihnen so eine aktive Teilnahme am Geschehen ermöglichen und demokratische Bürger*innen in die Berufswelt entlassen.

BESETZEN BRINGTS

In der Woche vom 17. April wurde ein Teil der Universität Hamburg besetzt! Studierende des Fachbereichs Sozialökonomie (Früher Hochschule für Wirtschaft und Politik) wehrten sich gegen finanzielle Kürzungen bei den sogenannten Orientierungseinheiten. Hierbei handelt es sich um studentisch organisierte Veranstaltungen, die es neuen Studierenden ermöglichen sollen, einen guten Einstieg in ihr Studium zu finden. Besonders wichtig sind hierbei die Infos zu Rechten und Möglichkeiten der organisierten Studierendenschaft.

Mithilfe von Vollversammlungen und anderen Formaten tauschten sich die Studierenden über die gesamte Woche aus und entschieden über weitere Schritte. Neben der Forderung nach einer bedarfsgerechten Finanzierung der Einführungswoche rückten auch die oft prekären Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten im Fachbereich Sozialökonomie in den Fokus. Durch den erzeugten Druck wurden im Laufe der Woche Gespräche mit der Universitätsleitung möglich. Ergebnisse waren unter anderem die Zusage von 45.000 € statt den bisher geplanten 12.500 € für die Orientierungseinheiten.

Der vorläufigen Höhepunkt der Auseinandersetzung bildete eine kämpferische Demonstration mit ca. 250 Personen am 20. April 2018.

Bis auf Weiteres bleibt ein Teil der Universität besetzt, um für allgemeine Ziele wie beispielsweise die Ausfinanzierung des Bildungswesens, den Stopp der Austeritätspolitik¹, die Demokratisierung der Hochschule, selbstbestimmtes Studieren und das Ziel, Wissenschaft für eine positive Entwicklung der Gesellschaft zu betreiben zu kämpfen.

Durch gemeinsames Streiten für die eigenen Bedürfnisse, haben die Hamburger Studis bewiesen, dass Veränderung möglich ist. Die Erzählung vom wirtschaftlichen Sachzwang ist nämlich nichts weiter als ein Märchen. Der Kampf dagegen lohnt sich!

Lernfabriken ...meutern!

JURA & UNRECHT

Eine Studie zeigt anhand von Jura-Examen strukturellen Sexismus und Rassismus: Bei gleicher schriftlicher Note schneiden Frauen und Migrant*innen bei der mündlichen Prüfung im Jura-Examen häufig schlechter ab. Das hat eine Studie gezeigt, die 18.000 Jura-Staatsexamen aus Nordrhein-Westfalen verglichen hat. Mögliche Ursachen, die der Jurist Emanuel Towfigh im Interview mit der Zeit nennt, sind unbewusste Vorurteile der Prüfer*innen und die Anstrengungen die die Prüflinge auf sich nehmen um im Laufe des Lebens bis zur Prüfung „Mankos“ zur wahrgenommenen ‚Norm‘ der männlich, weiß dominierten Prüfungskommissionen auszugleichen. Entscheidend ist auch, ob mit Kenntnis des schriftlichen Ergebnisses den Prüflingen eine Note gegeben wird, mit der sie insgesamt gerade so die entscheidende Grenze von neun Punkten überschreiten oder doch auf 8,8 herabgestuft werden. Erwiesen ist aber, dass Frauen besser abschneiden, wenn nur eine einzige Frau mit in der Kommission sitzt.

DAS WOHNEN WIRD POLITISIERT

In Berlin waren Mitte März über 10.000 Menschen auf der initiativenübergreifenden Großdemonstration gegen Wohnungsnot, immer mehr Student*innenschaften beteiligen sich an der Kampagne ‚Studis gegen Wohnungsnot‘ und auf einem Spitzentreffen der großen Koalition erklärt Andrea Nahles: „Das Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit“. Etwas bewegt sich. Fraglich bleibt: Werden lediglich Mittelschichtsfamilien dabei gefördert, Häuser zu bauen und zu kaufen? Werden die besonderen Probleme von ärmeren Schichten und Gruppen wie Arbeitslosen, Student*innen und Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigt? Werden auch Fragen um Freiräume berücksichtigt? Werden gar anhand der Wohnungsnot grundsätzliche Fragen um Eigentum und Segregation angesprochen? Viele Initiativen

BÜNDNISTREFFEN IN MANNHEIM

Liebe Mitstreiter*innen für ein verbessertes Bildungswesen,

vom **1. Juni bis zum 3. Juni 2018** findet in Mannheim unser Offenes Bündnistreffen statt, zu dem ihr alle herzlich eingeladen seid! Dort werden wir eine Kampagne zu sozialen Ausgrenzungen für Herbst 18 bis Frühjahr 19 ausarbeiten und aktualisiertes Selbstverständnis für das Bündnis beschließen. Letzteres wird maßgeblich für die große **Konferenz 23.-35. November in Frankfurt**.

ÄRGER MIT DEM ABI

Kurz vor den Abiturprüfungen von denen manche bundesländerübergreifend gleich sind, ist eine entsprechende Matheprüfung aus einem Tresor geklaut worden und eine Deutschprüfung wurde in sozialen Medien geteilt. In manchen Bundesländern hat das zu kurzen Verzögerungen geführt. Baden-Württemberg hat dem mit neuen Sicherheitskonzepten vorgesorgt, nachdem ein ähnlicher Diebstahl letztes Jahr zu weiteren Problemen geführt hat. Ein solcher bürokratischer Aufwand wird betrieben, um Vergleichbarkeit vorzugaukeln, wo diese unmöglich und unnötig ist: Bildung. Bei der Englisch-Prüfung hingegen gab es in Baden-Württemberg Probleme. Diese Prüfung sei, auch im Vergleich mit den letztjährigen Prüfungen, zu schwer gewesen, klagten 29.000 Schüler*innen, die eine entsprechende Petition unterschrieben haben. Das Bildungsministerium kommt nach nochmaliger Prüfung zu einem anderen Ergebnis und wird vermutlich nichts an der geplanten Benotung ändern.

und Student*innenschaften planen schon Protestcamps für den Sommer. In Berlin und Potsdam findet die existentielle Not bereits einen politischen Ausdruck: Am 20.05 wurden zehn leerstehende Häuser besetzt! Stimmen aus der Politik nennen die Besetzungen hinsichtlich der Wohnsituation in der Berlin „legitim“ bis „asozial“. Angesichts der Tatsache, dass nirgendwo in der Welt die Mieten so drastisch steigen wie in Berlin, sind die Besetzungen nicht nur legitim sondern notwendig! Auch in kleineren Städten, wie in Bamberg wurde Anfang Mai schon mit einem Protestcamp in den Sommer gestartet. Im Oktober wird das Bündnis „Lernfabriken ...meutern!“ zusammen mit weiteren Akteur*innen in verschiedenen Städten Protestcamps an Hochschulen aufschlagen. Stay tuned!

Bitte notiert euch den Termin schon einmal es wird phänomenal!

Weiterhin werden wir die Öffentlichkeitsarbeit für die Aktionen während des Sommers insbesondere am gemeinsamen Aktionstages (13. Juni) koordinieren und uns inhaltlich für kommende Schwerpunktsetzungen weiterbilden.

Wir freuen uns auf euch!

UND ALLE SO YEAH: NEUE POLIZEIGESETZE!

Gegen das Polizeiaufgabengesetz und Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz hat sich in Bayern eine der größten Jugendbewegungen seit langem gebildet. Am 10.05 gingen in München über 30.000 Menschen aus verschiedenen politischen Organisationen auf die Straße um gegen die Gesetzesänderungen zu demonstrieren. Ähnliche Änderungen stehen auch in Sachsen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bevor. Der Bundesverband Ausländischer Studierender (BAS) hat nun betont, dass diese Gesetzesänderungen rassistische Maßnahmen, die sowieso schon ein Problem sind, legitimieren werden.

Auch in Sachsen wurde ein Gesetzesentwurf veröffentlicht, der ähnlich schwere Einschnitte in die Bürger*innenrechte beinhaltet wie in Bayern. Nach Vorbild des No-PAG Bündnisses aus Bayern formiert sich nun Widerstand in Sachsen.

Am kommenden Dienstag, dem **29.05**, soll es in **Leipzig** eine **Auftaktdemo** gegeben, um das Bündnis zu festigen. Auch in Dresden regt sich Widerstand, so gab es am 11.05 etwa mehrere Transpiaktionen in der Stadt und die Initiative „Sachsens Demokratie“ hat die Protestkampagne „Polizeistaat Sachsen?!“ ins Leben gerufen!

#KITAKRISE

In Berlin hat sich das Bündnis „Kitakrise“ formiert. Die Initiatoren des Bündnisses rekrutieren sich aus Berliner Eltern, die unter dem Mangel an Kinderbetreuungsplätzen leiden. Sie haben sich mit Erzieher*innen und Gewerkschaften zusammengeschlossen, um für mehr Betreuungsplätze und besser Arbeitsbedingungen zu kämpfen. So fordert das Bündnis eine besser Bezahlung von Erzieher*innen, Hilfe bei der Vermittlung von Kitaplätzen und die Bereitstellung von bezahlbarem Raum für Betreuungsangebote. Viele Menschen können, aufgrund der miserablen Betreuungssituation, Weiterbildungsmaßnahmen wie Deutschkurse oder Umzüge für bessere Berufschancen nicht wahrnehmen.

Das Bündnis ist unabhängig von politischen Parteien, dort engagieren sich Leute aus verschiedensten Lagern. Arbeitssuchende, Geschäftsführer*innen und Künstler*innen sehen sich alle vor dem gleichen Problem: Langfristig ist die Kitassituation für niemanden tragbar.

Um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen, ist für Samstag den **26.05 in Berlin** eine Demo angesetzt!